



AUSGABE 1 · 37. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 18.1.2006

Dienst

S. 5

Auch die kleineren Krankenhäuser im Land müssen Konsequenzen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu den Arbeitszeiten von Ärzten ziehen. Weil das schwer ist, soll es eine letzte Fristverlängerung geben.

Wind

S. 7

Erbauer und Betreiber von Windrädern müssen sich bei der Wahl des Standorts für ihre Anlagen in NRW mit neuen Regeln abfinden.



Schule

S. 13

Viel Aufregung hat es nach der Ankündigung der Landesregierung gegeben, die Schulbezirke aufzuheben und den Eltern die Wahl der Grundschule ihrer Kinder zu überlassen. Anhörung im Schulausschuss.

Fußball

S. 17

Geistig Behinderte spielen weltmeisterlich Fußball – in wenigen Monaten geht es vor allem zwischen Rhein und Weser um Titelehren. Favorit ist England, aber auch Deutschland rechnet sich gute Chancen aus.

In diesem Jahr wird Nordrhein-Westfalen 60 Jahre alt. Das Experiment der Besatzer, ein neues politisches Gebilde zu schaffen und den demokratischen Wiederbeginn zu fördern, ist geglückt – so viel steht in der Rückschau fest. Das war nicht leicht und erforderte das Engagement vieler, die trotz Wohnungsnot, Hunger und Arbeitslosigkeit unverdrossen an den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gingen. Verglichen mit damals sind die Schwierigkeiten, in denen das Land heute steckt, weniger elementar und sicher – soviel zur Vorausschau – zu bewältigen. Diese Zuversicht macht es leicht, das Jubiläum so zu nehmen, wie es sich gehört – als Grund, auch einmal zu feiern (Seiten 9 bis 12).

Am Rand und in der Mitte

Die Regionen haben im Laufe dieses Jahres Gelegenheit, sich im Landtag vorzustellen. Dazu finden parlamentarische Abende statt, wo die Vertreterinnen und Vertreter aus dem Sauer- und Siegerland, aus der Gegend Aachen und Eifel, aus dem Ruhrgebiet, dem Bergischen Land und dem Münsterland, vom Niederrhein und aus der Landschaft um Köln und Bonn sowie aus dem Siebengebirge den Parlamentariern die Vorzüge ihrer jeweiligen Region nahe bringen. Ostwestfalen-Lippe macht den Anfang. Zwei Millionen Menschen vermitteln die Botschaft: Wir leben zwar am Rand des Landes NRW, aber mitten in Europa. Und es gibt mehr als nur Rheinländer und Westfalen – vergesst die Lipper nicht! (Seite 12).



Inhalt

Inhalt/Editorial	2
Frage: Aufbruch oder Rückschritt	3
<i>Koalition und Opposition tauschen sich engagiert über Bildungspolitik aus</i>	
Streit um ein Papier	4
<i>Zulässige Öffentlichkeitsarbeit oder verbotene Wählerbeeinflussung?</i>	
Letzter Aufschub für eine Lösung	5
<i>Umstrittene Fristen für Umsetzung von EU-Richtlinie zur Bereitschaftszeit</i>	
Die EU und der Dienstleistungsmarkt	6
<i>Opposition fürchtet um Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft</i>	
Vom Ende eines Privilegs	7
<i>Koalition erklärt Windräder zu Eingriffen in Natur und Landschaft</i>	
Chance des Nationalparks nutzen	8
<i>Landtag drängt auf kostenlose Übertragung der Flächen durch den Bund</i>	
„Investition in den ländlichen Raum“	8
60 Jahre NRW: Wie alles anfing	9
<i>Die Entstehung von Land und Landtag Nordrhein-Westfalen</i>	
60 Jahre NRW: Damals und heute	10 – 11
60 Jahre NRW: Am Rand und doch in der Mitte	12
<i>Regionen stellen sich im Landtag vor: Ostwestfalen-Lippe macht den Anfang</i>	
Experten setzen weiter auf Schulbezirke	13
<i>Kompromissvorschlag bei Anhörung im Schulausschuss</i>	
Stadtwerke gegen Stromriesen	14
<i>Ausschuss diskutiert über Vorstoß der kommunalen Energieversorger</i>	
Dunkle Wolken über Weeze	15
<i>Gerichtliches Aus für Flughafen beschäftigt Landtag</i>	
Ein TÜV für öffentliche Gebäude?	15
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Tickets zum Freundschaftspreis	17
<i>Fußballer mit Behinderung tragen den WM-Titel vor allem in NRW aus</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Peter Biesenbach (CDU)	19
Einladung zum Landesjubiläum: Johannes Rau 75 Jahre	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Jubiläum in Stolz und Dankbarkeit

Ein Land kommt in die Jahre. Dagegen lässt sich nichts einwenden und noch weniger machen. Aber man kann innehalten und zurückschauen, was sich in den zurückliegenden 60 Jahren getan hat. Es ist eine ganze Menge.

Das was später zu Nordrhein-Westfalen zusammenwuchs, lag damals in Trümmern: moralisch, wirtschaftlich, politisch, sozial. Die Menschen waren auf dem Tiefpunkt angelangt, es musste und es konnte nur aufwärts gehen. Der Hunger war zu stillen, die Wohnungsnot anzupacken, die Flüchtlinge aufzunehmen und die Fabriken und Betriebe wieder aufzubauen – und der demokratische Neubeginn zu wagen.

Mitten in diesen elenden Umständen des Neuanfangs gedieh das Pflänzchen Demokratie, sorgsam gehütet und bewacht von der britischen Besatzungsmacht. Die Frauen und Männer des politischen Wiederaufbaus im ernannten und später gewählten Landtag teilten mit den Menschen die Lebensumstände. Sie hatten keine eigene Bleibe über dem Kopf. Der Küchenmeister der Abgeordneten hieß – wie bei allen anderen ebenfalls – Schmalhans: Morgens zum Frühstück drei Scheiben Brot, mittags Graupensuppe.

ERFOLGE UND KRISEN

Erst 1949 geboten die Abgeordneten wieder über ein eigenes Haus. 1988 dann zog der Landtag in das neue Gebäude am Rheinufer. Ein symbolisches Geschehen mit Verzögerung: Die Nachkriegszeit war endgültig zu Ende gegangen, NRW hatte sich in ein starkes und relativ reiches Land verwandelt: Weltmeister im Export, Energiezentrum der Bundesrepublik, Nettozahler in den Länderfinanzausgleich, von einer dichten Kultur- und Bildungslandschaft überzogen.

60 Jahre sind eine lange Spanne. Da kann es nicht immer nur aufwärts gehen. In diese Zeit fällt auch die Montankrise an der Ruhr, das Wegbrechen der Textilherstellung im Münsterland und am Niederrhein. Der internationale Wettbewerb kostete Tausende von Arbeitsplätzen. Neue Typen von Kernkraftwerken in Kalkar und Hamm wurden gebaut, aber nicht in Betrieb genommen. Die Wirtschaft musste sich in einer gewaltigen Anstrengung von der Produktion auf Dienstleistung umstellen. Die Gewerkschaften begleiteten den Wandel und sicherten den sozialen Frieden.

Und mittendrin der Landtag. Was hat er nicht alles diskutiert, untersucht, moderiert, angestoßen und in Gesetze gegossen. Vieles ist gelungen, nicht alles hat überdauert. Der Landtag hat Politik für das Land und seine Menschen gemacht, nach bestem Wissen und Gewissen. Auch das ist im Rückblick auf 60 Jahre ein Grund, stolz und ein wenig dankbar zu sein. **JK**

Frage: Aufbruch oder Rückschritt

Koalition und Opposition tauschen sich engagiert über Bildungspolitik aus

Die Landesregierung ist dabei, das Schulgesetz des Landes zu novellieren und hat dazu Ende vergangenen Jahres Eckpunkte der Öffentlichkeit vorgestellt. „Falsche Weichenstellung in der Bildungspolitik“, fand die SPD-Fraktion und beantragte eine Aktuelle Stunde, um darüber zu debattieren, wie die von den Sozialdemokraten befürchtete verstärkte Selektion und der Abbau von Bildungsbeteiligung in NRW zu verhindern sind.



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Schulministerin
Barbara Sommer (CDU)

Fotos: Schälte

Ute Schäfer (SPD)

Ute Schäfer (SPD) sah das Vertrauenspotenzial in die Bildungspolitik der Landesregierung „verspielt“. Die Regierung müsse sich fragen, ob sie den richtigen Kurs eingeschlagen habe. Das Maß aller Dinge sei seit einiger Zeit nicht mehr das Wohl der Kinder, sondern der Koalitionsvertrag. Die Schule im Land werde zu einem Versuchslabor. Kinder und Jugendliche seien Opfer einer „Klimakatastrophe, die Sie ohne jegliche Not in dieser Rekordzeit von nur sechs Monaten ausgelöst haben“. Soziale Auslese und ideologisierte Bildungspolitik seien die neuen Markenzeichen. So würden individuelle Bildungspotenziale noch weniger ausgeschöpft. Das sei das genaue Gegenteil von zukunftsweisender Bildungspolitik.

Klaus Kaiser (CDU) hielt der SPD vor, es gehe ihr nicht um die Lösung von Problemen vor Ort, man habe in 39 Jahren nichts gelernt: „Es wird Zeit für den Neuanfang.“ Der beste darin, dass die CDU 4.000 neue Lehrerstellen schaffen werde, im Hauptschulbereich gebe es 50.000 neue Ganztagsplätze, und in zehn Jahren werde das Land zur deutschen Spitzengruppe bei Vergleichsuntersuchungen vorstoßen. Dabei sei die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler oberstes Prinzip allen pädagogischen Handelns. Kaiser: „Wir werden das Bildungssystem so aufstellen, dass es vor allem Bildungsgewinner und Aufstiege gibt.“

Sigrid Beer (GRÜNE) warf der CDU vor, sie sei immer noch unter ihrer ideologischen Käseglocke des vermeintlich begabungsgerechten Schulsystems gefangen. Dabei sei in diesem Zusammenhang wissenschaftlich kaum etwas so obsolet wie der Begriff der Begabung. Unter dieser Käseglocke werde geglaubt, „man könne mithilfe eines Frühsortierungssystems Kinder im Alter von acht bis neun Jahren in Güte- und Leistungsklassen einteilen“. Die Abgeordnete an Rüttgers gewandt: „Herr Minis-

terpräsident, Sie verwechseln Kinder mit Kartoffeln.“ Das von der Regierung vorgelegte neue Schulgesetz sei ein Rückfall: „In Nordrhein-Westfalen wachen wir 40 Jahre zurück wieder auf.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sah das Land auf dem Weg in ein neues Bildungszeitalter. Die neue Landesregierung habe ein Eckpunktepapier vorgelegt, „aus dem ein novelliertes Schulgesetz aus einem Guss entstehen wird, welches den Schulen ein bisher nicht gekanntes Maß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung übertragen wird und dabei lediglich das Notwendige regelt, dieses dafür aber sehr präzise“. Es gebe dann eine Richtschnur für schulisches Handeln, die durchdacht sei und nicht im Zickzack verlaufe. Die Abgeordnete: „Mit dem neuen Schulgesetz legen wir die Grundlage für das modernste und zukunftsweisendste Schulsystem in ganz Deutschland.“ Dafür habe die Landesregierung die Zustimmung der FDP.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) nannte die Vorwürfe verstärkter Selektion und geringerer Bildungsbeteiligung eine „höchst abwegige Unterstellung“. Die SPD versuche Panik zu verbreiten, wenn sie zur Begründung der Aktuellen Stunde verlauten lasse, die Eltern verlören das Recht zur Wahl der weiterführenden Schule, das Abitur sei nur noch über das Gymnasium zu erreichen und die unterschiedlichen Schulformen würden wesentlich stärker voneinander abgegrenzt. Die Ministerin: „Wir machen die Schulen, Lehrer und Eltern sicher, wir geben ihnen einen klaren Rahmen vor.“ Der Unterschied zur alten Landesregierung sei: „Wir reformieren nicht um der Reform willen, wir reformieren, weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass die ergriffenen Maßnahmen dazu führen werden, unser Land aus dem Jammertal der Pisa-Verlierer herauszuführen.“ Schulen, Lehrer und Eltern würden bei den Reformen nicht allein gelassen, die notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen würden von der Regierung zur Verfügung gestellt. 🐼

Streit um ein Papier

Zulässige Öffentlichkeitsarbeit oder verbotene Wählerbeeinflussung?

Der Hauptausschuss hatte sich schon zweimal damit beschäftigt; im Plenum war das Thema dann Gegenstand einer Fragestunde – weil die Opposition dabei ihre Fragen nicht ausreichend beantwortet sah, beantragten SPD und GRÜNE gleich für den darauf folgenden Plenartag eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Image-Kampagne für Ministerpräsident Dr. Rüttgers.“ Es ging um ein internes Papier, das aus der Staatskanzlei an die Medien gelangt war.

Wolfram Kuschke (SPD) hielt der Landesregierung vor, sie gebe seit einiger Zeit ein klägliches Bild ab. Wenn das Papier vom 12. September eine solche Banalität sei, warum werde dann darum eine solche im Grunde unerklärliche Geheimniskrämerei gemacht? Vielleicht deswegen, weil das Papier Bestandteil einer umfangreichen Vorlage gewesen sei „und es möglicherweise noch weitere Papiere gibt, die im Zusammenhang mit einer Imagekampagne eine Rolle spielen“. Das jedenfalls habe man den Worten von Minister Breuer entnehmen können. So blieben Fragen offen, zum Beispiel, ob das Papier dem Ministerpräsidenten bekannt gewesen sei und wie er es bewertet habe – ablehnend oder zustimmend? Welche Konsequenzen ziehe er daraus? Er, Kuschke, hoffe auf Aufklärung.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) vermisste immer noch „eine kompetente und zufrieden stellende Antwort“ auf die Frage, ob es eine wie immer auch geartete Kampagne für den Ministerpräsidenten oder die Landesregierung gebe. Regierungssprecher und Minister hätten diese Frage zwar verneint, aber dass dies die Unwahrheit darstelle, sei inzwischen deutlich geworden. Die Fraktionsvorsitzende diagnostizierte in der Staatskanzlei einen „Kommunikations-GAU“ und stellte in Richtung Ministerpräsident fest: „In Ihrer Staatskanzlei geht es drunter und drüber.“ Sie wolle wissen, ob der Regierungschef dem Papier vom 12. September, in dem sich Beschäftigte der Staatskanzlei Gedanken über Wählerzielgruppen gemacht hätten (was nicht ihre Aufgabe sei) und übersehen hätten, dass der protokollarisch höchste Repräsentant des Landes nicht der Ministerpräsident, sondern die Landtagspräsidentin ist, zugestimmt habe oder nicht. Er habe es jedenfalls mit dem Zeichen seiner Unterschrift abgezeichnet: Das stelle immer noch Akzeptanz dar. Rüttgers sollte diese Aktuelle Stunde zur Klarstellung nutzen.

Bernhard Schemmer (CDU) hielt der SPD entgegen, sie lege keine konstruktiven Initiativen

an den Tag, sondern „Sie machen aus einer Mücke einen Elefanten beziehungsweise aus einem ganz normalen Papier einen riesigen Aktenberg“. Das bringe das Land nicht voran, betonte Schemmer und setzte die neue gegenüber der alten Landesregierung ab: Nicht mehr inhaltsleere Imagekampagnen wie unter Steinbrück oder unbezahlbare Leuchtturmprojekte à la Clement, sondern ein solider Koalitionsvertrag und einen „engagierten und vor Ort präsenten Ministerpräsidenten“. Die Menschen im Lande erwarteten Taten und Fakten statt Spekulationen.

Ralf Witzel (FDP) hielt es für wichtig, dass keine Gelder der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung für parteipolitische Zielsetzungen verwandt werden: Bei keinem der hier in Frage stehenden Projekte sei erkennbar, dass gegen diesen Grundsatz verstoßen worden sei, betonte Witzel. Dagegen hätte er auch als FDP etwas, fuhr er fort und stellte fest: „Es gibt nichts, aber auch gar nichts, was Parteibezug zu Aktivitäten der CDU hat.“ Die Mitarbeiter der Staatskanzlei hätten dasselbe empfohlen, was sie unter

Ein Papier aus der Staatskanzlei, gedacht als Zuarbeit für Darstellung und Wahrnehmung des Ministerpräsidenten im Lande, wirbelte Staub auf. Die Opposition vermutete darin eine unzulässige Vermischung von Öffentlichkeitsarbeit und parteipolitischer Werbung. – Unser Bild zeigt das Schild am gläsernen Stadttor in Düsseldorf.

Foto: Schälte

Steinbrück als Veranstaltungs- und Terminkonzepte vorgelegt hätten: Das könne damals nicht richtig und heute unter Rüttgers plötzlich falsch sein.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) meinte: „Es gibt Wichtigeres zu tun für Nordrhein-Westfalen, als solche Debatten zu führen.“ Die Ergebnisse der sozialdemokratischen Politik der letzten Jahre hätten dem Image von NRW weit stärker geschadet, als es jedes Papier aus der Staatskanzlei je könnte. In der Staatskanzlei gebe es viele Vermerke, „es gibt jeden Tag neue Vermerke“, auch solche was Stil und Außenwirkung angehe. Dass darüber nachgedacht werde, unterscheide die Landesregierung nicht von ihren Vorgängerregierungen. Die SPD habe ein schlechtes Gewissen, weil sie versucht habe, Kampagnen zur Wählerbeeinflussung zu organisieren. Aber in NRW stehe die nächste Wahl erst in vier Jahren an, machte Rüttgers deutlich. Es gebe schon einen Unterschied, ob man eine unzulässige Wählerbeeinflussung durch die Staatskanzlei versuche oder „ob ich über Repräsentationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit nachdenke“. Das sei ein „himmelweiter Unterschied“, betonte der Ministerpräsident. Sein abschließendes Urteil über die Versuche der Opposition: „Viel Lärm um nichts.“



Letzter Aufschub für eine Lösung

Umstrittene Fristen für Umsetzung von EU-Richtlinie zur Bereitschaftszeit

Hellwach, erholt und immer für die Patienten da – so wünschen sich die Menschen Ärztinnen und Ärzte bei der Arbeit im Krankenhaus. Der Alltag entspricht allerdings nicht immer diesem Ideal.

Foto: Schälte

Barbara Steffens (GRÜNE) bemängelte, mit der im Bundesrat getroffenen Entscheidung nehme die Politik „den Druck aus dem Zwang, eine Lösung zu finden“. Lediglich ein Drittel der bundesdeutschen Krankenhäuser – in NRW etwa 20 Prozent – habe bisher gesetzeskonforme Lösungen erarbeitet: „Das Drittel hat jetzt Pech gehabt, weil es so schnell war. Die anderen hatten Glück und können es weiter auf die lange Bank schieben“, kritisierte sie die Entscheidung. Man sollte nicht abwarten, welche gesetzlichen Regelungen von europäischer Seite getroffen werden. „Ich muss niemandem sagen, was passiert, wenn Patienten von Ärzten operiert werden, die übermüdet und erschöpft sind. Man kann sich die Statistiken ansehen, was das an Unfällen bedeutet.“ Vielmehr müsse man nun darüber reden, „ob wir mehr Geld für den Gesundheitsbereich benötigen“.

Olaf Lehne (CDU) betonte, der Grundgedanke des Antrags sei richtig. Deshalb sei es zu begrüßen, „dass die Landesregierung von einer letztmaligen Verlängerung spricht“. Die Krankenhausträger hätten sich sehr viel Zeit mit der Umsetzung gelassen, das liege „auch darin begründet, dass einige Kliniken nicht in der Lage sind, weitere Ärzte zu finanzieren“. Der von den öffentlichen Trägern ausgehandelte Tarifvertrag Öffentlicher Dienst nutze Spielräume des Arbeitsgesetzes aus, sodass „in den meisten Bereichen die bisherigen Arbeitszeitorganisationen erhalten werden können“. Das, so Lehne, könne

Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit. Das hat zuletzt 2003 der Europäische Gerichtshof den deutschen Kliniken ins Stammbuch geschrieben. Galt hier doch bisher die Regelung, dass nur die tatsächliche Einsatzzeit als Arbeit zählte, der Rest der Bereitschaft aber als Ruhezeit. Nun, zwei Jahre nach In-Kraft-Treten der neuen, für die Krankenhäuser brisanten Regelung, soll die eigentlich Ende 2005 ablaufende Übergangszeit um ein weiteres Jahr verlängert werden. Für die Grünen im Landtag eine nicht hinnehmbare Gesundheitsgefährdung für Patienten. Sie brachten einen dementsprechenden Antrag (Drs. 14/887) ins Parlament ein, der auch im neuen Jahr die Fachausschüsse beschäftigen wird.

aber nicht das Ziel sein. „Außerhalb des öffentlichen Dienstes sind die notwendigen Veränderungen zum 1. Januar nicht mehr realisierbar“, lautete sein Fazit. Der Antrag der Grünen, so Lehnes Vorwurf, lasse die Realität außer Acht.

Rainer Bischoff (SPD) stellte fest, „es sei richtig gewesen, eine Übergangsfrist einzuräumen – aber bitte schön bis 31. Dezember 2005“. Die von der Landesregierung mitgetragene Verlängerung diene dazu, „die Arbeitgeberseite innerhalb des Tarifgefüges zu stärken“, warf er Minister Laumann vor. „Aus der Sache heraus ist es unverständlich, dass die Bereitschaftszeit der Ärzte nicht als Arbeitszeit entlohnt wird.“ Bei den großen Krankenhäusern mit mehr als 300 Betten hätten 70 bis 80 Prozent bereits eine Vereinbarung oder seien kurz davor. „Die großen Häuser haben das also umsetzen können. Die kleinen hinken hinterher und müssen durch die Frist unter Druck gesetzt werden. Das haben Sie gelockert. Das tragen wir nicht mit.“ Bischoff forderte schnelles Handeln.

Dr. Robert Orth (FDP) konterte, die neue Landesregierung könne nicht in wenigen Monaten lösen, „was Herr Müntefering und seine Fraktionskollegen in Land und Bund alles

versäumt haben“. Insbesondere NRW sei darum bemüht gewesen, die Frist kurz zu halten – „nicht zwei Jahre warten wollen, wie andere Bundesländer gefordert haben“. Er habe sich natürlich im Interesse der Beteiligten auch gewünscht, schneller eine Lösung zu finden. „Aber was nicht geht, geht nicht. Ein Jahr werden wir auch noch durchstehen, wenn wir das Jahrzehntelang so hinter uns bringen mussten.“

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) fand für die Situation der Ärzte an Kliniken deutliche Worte: „Ich will sagen, dass es schon stinkt, was hier passiert. Das nächste Jahr muss genutzt werden.“ Ausschließlich NRW habe diese Fristverlängerung ausdrücklich als letztmalig gebrandmarkt. Die Verlängerung sei aber im Interesse der Versorgungssicherheit nötig, „damit die Krankenhäuser und Ärzte ab dem 1. Januar nicht in einen nicht gesetzlichen Zustand gezwungen werden“. Nach einem halben Jahr im Amt habe er den Eindruck, „dass wir, was die Attraktivität des Ärzteberufes im Krankenhaus angeht, erhebliche Probleme haben“. Damit meine er neben den Arbeitszeiten auch die Entlohnung. Trotzdem halte er es für richtig, die Übergangslösung so lange zu nutzen, bis NRW die neue EU-Arbeitszeitrichtlinie habe.

Die EU und der Dienstleistungsmarkt

Opposition fürchtet um Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft

Die Dienstleistungsbranche – längst ist sie an Rhein und Ruhr der Wirtschaftsmotor. Über 50 Prozent des NRW-Inlandsproduktes entstehen in diesem Sektor. Zwei Drittel aller Beschäftigten verdienen hier ihren Lohn. Was aber wird aus ihnen, wenn die EU-Dienstleistungsrichtlinie Wirklichkeit wird, wenn günstige Mitanbieter vor allem aus Osteuropa den NRW-Firmen Konkurrenz machen? SPD und GRÜNE befürchten eine „Abwärtsspirale bei Sozial-, Verbraucher- und Umweltstandards“ und fordern die Landesregierung auf, „den Veränderungsprozess der EU-Dienstleistungsrichtlinie mitzugestalten“ (Drs. 14/896 und 14/879).

Gabriele Sikora (SPD) erinnerte an die Diskussion des Ursprungsentwurfes aus dem Jahr 2004, der vor allem wegen mangelnder Folgeabschätzungen und der Dominanz des Herkunftslandsprinzips auf Kritik gestoßen war. Nun liege ein geänderter Entwurf des Binnenmarktausschusses auf dem Tisch: „Der ursprüngliche Vorschlag ist zwar entschärft worden, aber nach wie vor ist das Herkunftsland

Fall 1:1 folgen. Korrigiert werden müsste die „Nichtausklammerung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“. Bei der Marktausübung müssten die Regelungen und Standards des Landes gelten, in dem die Dienstleistung erbracht werde. Als unpraktikabel bezeichnete der Abgeordnete die Idee, „dass die Zielländer die Kontrollen auf Grundlage des Rechtssystems der Herkunftsländer

dass Entsenderichtlinie und Anerkennung von Berufsqualifikationen Vorrang eingeräumt werde. Allerdings gebe es sowohl bei Kontrollregelungen wie auch den Einschränkungen des Herkunftslandprinzips Nachbesserungsbedarf.

Dietmar Brockes (FDP) räumte ein, im ursprünglichen Entwurf habe es „eine Vielzahl von handwerklichen Fehlern und unsinnigen Vorschriften“ gegeben. „Diese sind aber in dem aktuellen Entwurf fast alle abgearbeitet“, widersprach er der Kritik. Die Richtlinie schreibe „das Prinzip der kontrollierten Dienstleistungsfreiheit“ fest und eröffne Chancen für Bürokratieabbau und die Vereinfachung von Verwaltungsstrukturen. Gerade NRW, so seine Prognose, werde von der Richtlinie „in hohem Maße profitieren“, da viele „hoch wettbewerbsfähige mittelständische Unternehmen“ nun ihre europäischen Wachstumschancen nutzen könnten: „Wer weiterhin gegen die Richtlinie wettet, gibt zu erkennen, dass er die Dienstleistungsfreiheit und damit eine der Grundfreiheiten des Binnenmarktes ablehnt.“



Fotos: Schälte

Gabriele Sikora (SPD)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Franz-Josef Knieps (CDU)

Dietmar Brockes (FDP)

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU)

Grundprinzip“, kritisierte sie. Auch wenn verschiedene Bereiche wie Post-, Finanz-, Gesundheits- und Steuerdienstleistungen ausgenommen seien, bleibe beispielsweise „der gesamte Bereich der Bildung“. Hier gelte es für die anstehenden Beratungen im EU-Parlament die Zeit zu nutzen, „um die ökonomischen und die sozialen Folgen untersuchen zu lassen“, sagte sie.

Reiner Priggen (GRÜNE) betonte die positive grundsätzliche Zielsetzung, Dienstleistungen in Europa freier zu ermöglichen. Auch er befürchtete angesichts unterschiedlicher Regelungen in den Mitgliedsstaaten einen „Wettbewerb um die niedrigsten Sozial- und Umweltstandards sowie ein Preis- und Qualitätsdumping“. Das EU-Parlament dürfe dieser Vorlage auf keinen

vornehmen“. Auch dürfe man nicht auf den „gemeinschaftlichen Harmonisierungsanspruch verzichten.“

Franz-Josef Knieps (CDU) bescheinigte den Grünen, einen „schön ausgearbeiteten, aber nicht praktikablen Antrag“. Für eine Studie – wie von der SPD gefordert – fehle die Zeit. Außerdem sei jetzt „konkretes politisches Handeln gefordert, um Mehrheiten für sachgerechte Lösungen zu bekommen“. Hier hätten Europäische Volkspartei und Liberale „wichtige Änderungen“ durchgesetzt: So könne jeder Staat in seinem Hoheitsgebiet verbindliche Sicherheits-, Sozial- und Umweltstandards durchsetzen. Die Ausnahmen von der Liberalisierung seien ebenso ein Erfolg, wie die Tatsache,

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) warnte davor, „dass wir nicht die Chancen gerade auch kleiner und mittlerer Unternehmen, die Dienstleistungen anbieten, in unseren Nachbarstaaten verbauen“. Es sei richtig, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie überarbeitet werden müsse, auch sie halte die Ausnahmen für nicht hinreichend. Insbesondere den Gesundheitsbereich wolle sie zum jetzigen Zeitpunkt völlig ausklammern. Eine grundsätzliche Ablehnung des Herkunftslandsprinzips, wie es die Grünen forderten, sei aber nicht zielführend. An der Wirksamkeit der Unterscheidung zwischen Marktzugang und Marktausübung zweifele sie. Ausdrücklich wies Thoben darauf hin, dass der aktuelle Beschluss der Richtlinie nicht in endgültiger Form vorliege. „Von daher halte ich es für sinnvoll, die erste Lesung im EU-Parlament abzuwarten“, so ihr Fazit.

Vom Ende eines Privilegs

Koalition erklärt Windräder zu Eingriffen in Natur und Landschaft

In zweiter Lesung hat der Landtag Ende vergangenen Jahres den Gesetzentwurf von CDU und FDP zur Änderung des Landschaftsgesetzes (Drs. 14/214) gegen das Votum der Oppositionsfractionen SPD und GRÜNE verabschiedet. Danach gelten Windenergieanlagen künftig wie der Bau von Straßen oder Eisenbahnlinien als Eingriff in Natur und Landschaft. Bisher habe diese „Privilegierung“ die Windkraft bevorzugt. Das solle geändert werden.

Foto: Schälte

Friedhelm Orties (CDU) führte aus, im Vorgriff auf die Novellierung des Landschaftsgesetzes solle mit dem Gesetzentwurf eine Regelung eingeführt werden, „wonach die Errichtung von Windenergieanlagen wieder als Eingriff in Natur und Landschaft gewertet wird“. Bisher seien bis zu zwei Windenergieanlagen nicht als Eingriff gewertet worden. Mit dem inzwischen vorliegenden neuen Windenergieerlass, mit Bundesratsinitiativen zur Einspeisevergütung und mit steuerlichen Maßnahmen Sorge Schwarz-Gelb dafür, dass die Windenergienutzung „in Einklang mit Natur, Landschaft und Menschen gebracht und somit wieder akzeptiert wird“. Der Abgeordnete bedauernd: „Leider konnten wir das erst nach dem Regierungswechsel anpacken.“ Das sei für viele Menschen spät oder zu spät, wenn man sehe, „wie in vielen Gegenden die Landschaft für Jahre und Jahrzehnte verschandelt worden ist“.

André Stinka (SPD) meinte, jeder Bürgerin und jedem Bürger beweise der Blick in seine Heizkostenabrechnung, „dass der Weg zu einem Mehr an erneuerbaren Energien unumkehrbar ist“. Anders die Landesregierung: Sie zeichne das Horrorszenario von der Verspargelung der Landschaft und verstecke dabei Ideologie und Klientelpolitik hinter den Argumenten von Ästhetik. CDU und FDP wollten den „Blick ins Grüne schützen“, aber damit werde deutlich, „dass Sie die Zeichen der Zeit weder energiepolitisch noch umweltpolitisch

noch wirtschaftspolitisch erkannt haben“. Die Koalition habe die Windenergie „als symbolträchtiges und augenfälliges Opfer ihrer rückwärts gewandten Reformvorhaben gewählt“ und nehme nicht zur Kenntnis, dass eben diese Windenergie ein unbestrittener Pfeiler einer zukunftsgerechten Energiegewinnung in Form eines Energiemixes mit Energieträgern aus regenerativen Energieformen sei. So werde wie bei der Steinkohle zugunsten eines billigen Punktgewinns ohne Not die Weltmarktführerschaft in modernen Abbautechnologien und Sicherheitstechnologien aufs Spiel gesetzt.

Johannes Remmel (GRÜNE) meinte mit Blick auf die nordrhein-westfälische Landesregierung, dass deren Feldzug gegen die erneuerbaren Energien, insbesondere gegen die Windenergie, „auf Bundesebene kläglich gescheitert ist“. Zum anderen stelle Brüssel offiziell ein dickes Lob für „unsere“ Energiepolitik aus, wobei vor allem die Windenergieförderung gut wegkomme; sie sei die preiswerteste im europäischen Vergleich. Allerdings habe der Versuch, einen sehr erfolgreichen Wirtschaftszweig kaputtzumachen, konkrete Auswirkungen. Die Landesregierung zerstöre die Grundlagen für Arbeitsplätze und für eine erfolgreiche Wirtschaft im Land wie im Bund. Darum seine Aufforderung: „Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück!“

Holger Ellerbrock (FDP) wies „die Mär“ der Opposition zurück: „Beide Koalitionsfraktionen

sagen eindeutig Ja zu additiven Energien, zu regenerativen Energien, zu Forschung und Entwicklung und zu einer degressiven Anschubfinanzierung.“ Man sage auch Ja zur Windenergie „da, wo es sich lohnt und wo die Windhäufigkeit gegeben ist, etwa im Offshore-Bereich. Aber nicht dort, wo es sachlich nicht geboten ist“. Zum Anlass für die Änderung sagte er: „Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine konsequente Fortführung dessen, was wir vor der Wahl gesagt haben: Wir wollen eine ungerechtfertigte Privilegierung der Windkraft im Landschaftsgesetz aufheben. Das tun wir nun auch.“

Naturschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) fand, eine grundlegende Debatte zur Frage von regenerativer Energie lohne sich zu diesem Gesetzentwurf nicht, die gehe völlig am Thema vorbei: „Was hier beseitigt wird, ist eine Privilegierung.“ Die gebe es seit 1994 – nur in NRW, nicht in anderen Bundesländern. Als sie eingeführt worden sei, habe die Nabenhöhe der Windanlagen im Schnitt 63 Meter betragen, heute seien es durchschnittlich 110 bis 120 Meter. Da sei die Frage der Privilegierung anders zu bewerten als seinerzeit. Wenn man so fortfahre wie Rot-Grün das getan habe, dann werde man in der Bevölkerung keine Akzeptanz bekommen. „Deswegen werden wir das Landschaftsgesetz in diesem Punkt ändern.“ Man sei auch der Meinung, dass Windkraftanlagen nicht in den Wald gehörten.

Chance des Nationalparks nutzen

Landtag drängt auf kostenlose Übertragung der Flächen durch den Bund

CDU und FDP haben in einem Antrag (Drs. 14/876) den Bund aufgefordert, die Fläche für den Nationalpark Eifel zügig zu übergeben. Sie solle „unverzüglich und unentgeltlich auf das Land NRW übertragen werden. In direkter Abstimmung hat der Landtag den Antrag zusammen mit einem Entschließungsantrag der Grünen (Drs. 1/924) angenommen. Abgelehnt wurde dagegen der Entschließungsantrag der SPD (Drs. 1/914).

Clemens Pick (CDU) zeigte sich erleichtert darüber, dass nach der Berliner Koalitionsvereinbarung „national bedeutsame Naturschutzflächen, so auch Nationalparkflächen, aus Truppenübungsplätzen oder dem Grünen Band – das sei der ehemalige Mauerstreifen, Grenzstreifen – den Ländern beziehungsweise Stiftungen zugeführt werden sollen“. Der SPD hielt er vor, Nationalpark und Konversion zu verwechseln.

Holger Ellerbrock (FDP) fand es richtig, den Umweltminister in den Stand zu setzen, „die Ver-

handlungen mit dem Bund zu führen, um die Flächen, die heute in Rede stehen, nach Nordrhein-Westfalen zu holen“. Damit dürften für das Land und sein Ziel der Haushaltskonsolidierung keine finanziellen Lasten verbunden sein.

Den Bund dürfe man nicht aus seiner Verantwortung entlassen, für den Naturschutz in NRW Sorge zu tragen.

Elisabeth Koschorreck (SPD) sah im Nationalpark Eifel das „Flaggschiff des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen“. Er sei für die nachhaltige Entwicklung der Region bedeutsam. Dazu ge-

höre auch eine „nationalparkverträgliche Folgenutzung der Ordensburg Vogelsang“. Die Landesregierung sollte ihre Aktivitäten deutlich erhöhen.

Reiner Priggen (GRÜNE) rief dazu auf, die Möglichkeiten des Koalitionsvertrags stärker zu nutzen. Die Fläche des Nationalparks betrage nur ein Zehntel der Fläche, die sich im Besitz des Bundes befinden und die das Land für den Naturschutz melden könnte. Diese unglaubliche Chance gelte es zu begreifen und zu nutzen.

Naturschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) meinte, es müssten noch einige Hürden genommen werden. So gebe es noch die offene Frage der Altlasten und der Kampfmittelbeseitigung. Darüber werde er neue Verhandlungen mit dem Bund aufnehmen; Ziel sei dabei die unentgeltliche Übertragung der Flächen des Truppenübungsplatzes an das Land. Verhandlungen gebe es auch über die Übernahmen von weiteren repräsentativen Naturschutzgebieten wie die Wahner Heide.



Bauerncafé in Ratingen bei Düsseldorf



„Investition in den ländlichen Raum“ Breite Mehrheit für „Lex Schemmer“/Grüne auf Distanz

In zweiter Lesung hat der Landtag Ende vergangenen Jahres das Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 14/283) in Form der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen und Verkehr (Drs. 14/874) mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Grünen stimmten dagegen.

Reinhard Jung (SPD) meinte, das Thema sei im Parlament ausführlich erörtert worden. Schon im Jahr 2004 habe Rot-Grün im Bundestag bei der Novelle des Baugesetzbuches „den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, die Umwandlung landwirtschaftlicher Gebäude außerhalb der Siebenjahresfrist nunmehr bis zum Ende des Jahres 2008 zu ermöglichen“. Diesen von der Bundestagsmehrheit ermög-

lichten Ausnahmetatbestand wolle der vorliegende Gesetzentwurf in NRW umsetzen.

Bernhard Schemmer (CDU) sah das anders. Der vorliegende Gesetzentwurf beende rot-grüne Blockaden und sei ein entscheidender Beitrag zum Bürokratieabbau. Er stelle das klare Bekenntnis von CDU und Landesregierung dar, „Kulturlandschaft mit den Gebäuden zu erhalten

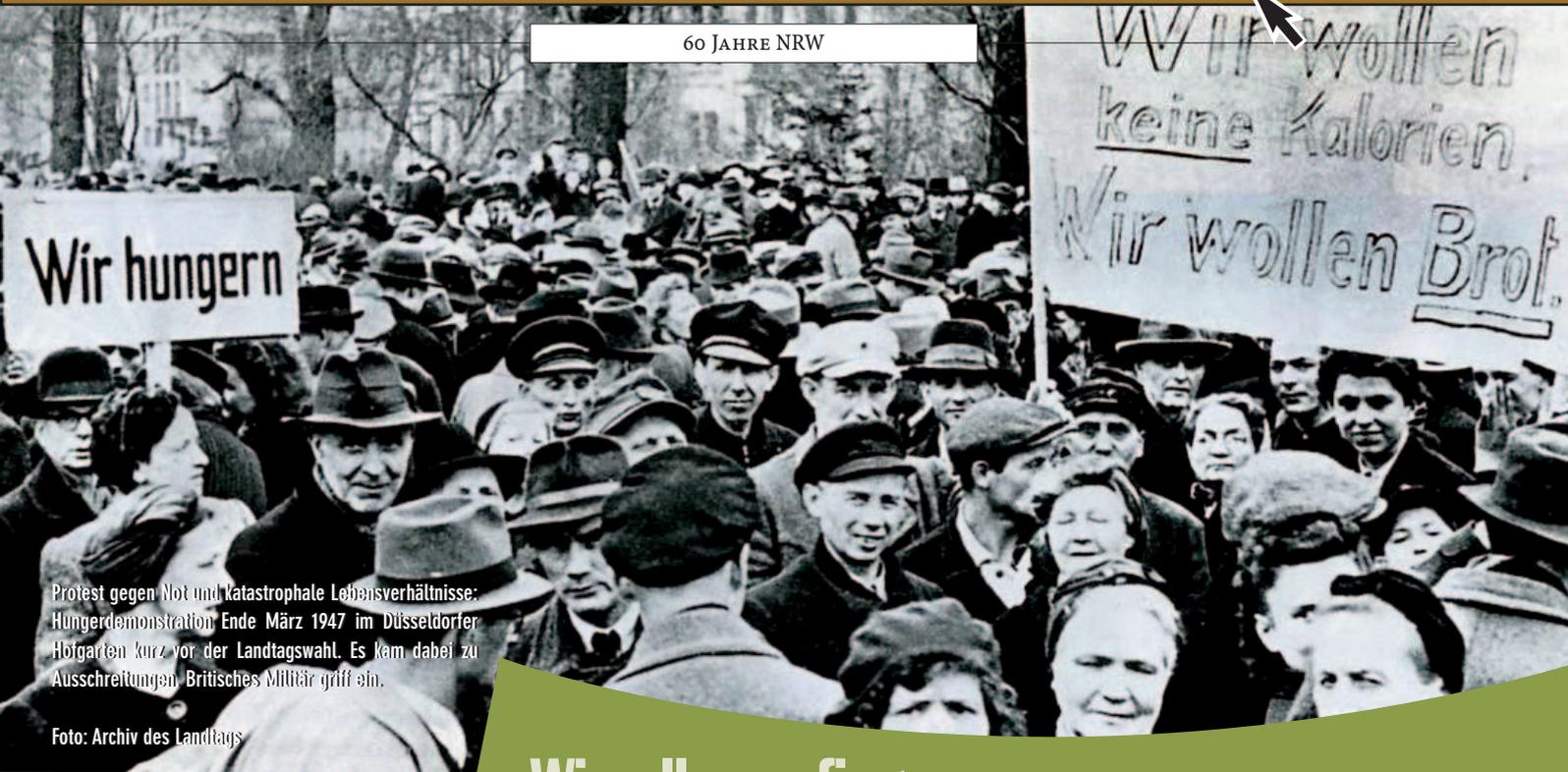
und darin Gewerbe und Wohnmöglichkeiten unterzubringen“. Schemmer: „Umnutzen führt zu weniger Landschaftsverbrauch und weniger Versiegelung“. Die Erkenntnis der SPD reife „spät, sehr spät“.

Horst Becker (GRÜNE) fand das Gesetz überflüssig: Schon jetzt könne die Umnutzung der aufgegebenen landwirtschaftlichen Betriebsgebäude „in nahezu allen Fällen problemlos im Einvernehmen mit der zuständigen Bauaufsichtsbehörde gelöst werden“. Diese „Lex Schemmer“, wie er sagte, wäre darum angesichts der bisher durchaus großzügigen Regelung nicht nötig gewesen.

Holger Ellerbrock (FDP) merkte an, die frühere Landesregierung habe die im Baugesetzbuch des Bundes eingeräumten Möglichkeiten nicht in vollem Umfang ausgeschöpft. Der Gesetzentwurf stoße auf breite Zustimmung.

Bauminister Oliver Wittke (CDU) fragte die SPD, warum sie nicht dafür gesorgt habe, dass die Verlängerung der Aussetzung in NRW tatsächlich Gesetzeskraft bekommen habe. Der Minister: „Darum werden wir dadurch nicht nur entbürokratisieren, sondern wir schaffen damit Investitionsspielräume im ländlichen Raum, und wir unterstützen den Strukturwandel in der Landwirtschaft.“ Wittke merkte an, dies werde nicht die letzte Unterstützungsmaßnahme in Sachen Entbürokratisierung und Stimulierung von Investitionsbereitschaft in NRW sein.





Protest gegen Not und katastrophale Lebensverhältnisse: Hungerdemonstration Ende März 1947 im Düsseldorfer Hofgarten kurz vor der Landtagswahl. Es kam dabei zu Ausschreitungen. Britisches Militär griff ein.

Foto: Archiv des Landtags

„Land aus der Retorte“, „Bindestrich-Land“: das sind zwei gängige Etikettierungen des nach dem 2. Weltkrieg neu entstandenen Landes Nordrhein-Westfalen. Wie ist es zu dieser Neugründung gekommen?

Dr. Gärtner: Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches hatten die Siegermächte Deutschland in vier Besatzungszonen eingeteilt. Die Territorien, die später das Land NRW bilden sollten, das nördliche Rheinland, Westfalen und Lippe, gehörten zusammen mit den späteren Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein und der Hansestadt Hamburg zur Britischen Zone. Im Sommer 1946 wollten die Briten ihre Zone neu ordnen. Mit der Verordnung 46 vom 23. August 1946 schufen sie die Grundlage für die Auflösung Preußens und die Bildung neuer Länder.

Und eines davon war Nordrhein-Westfalen?

Dr. Gärtner: Ausgangspunkt der Überlegungen war zunächst das Schicksal des Ruhrgebietes, das in vielfacher Hinsicht eine besondere Rolle spielte. Es war der industrielle Kern im Westen, geprägt von Kohle und Stahl, und insofern für die gesamte wirtschaftliche Erholung der Zone von zentraler Bedeutung. Es galt zudem auch als die Rüstungsschmiede des Reiches, die auf Dauer unschädlich gemacht werden musste. Genau deshalb hatten auch andere Siegermächte ein großes Interesse an einem Zugriff auf das Ruhrgebiet, namentlich Frankreich und die Sowjetunion. Dies aber war nicht im Interesse der Briten, und sie konnten hier auf US-amerikanische Unterstützung zählen. Sie lösten das Problem, indem sie das Ruhrgebiet, das ja sowohl im Rheinland als auch in Westfalen liegt, mit einem landwirtschaftlichen Gürtel verklammerten. So kam dann die Gründung von NRW

Wie alles anfing

Die Entstehung von Land und Landtag Nordrhein-Westfalen

Januar 1946: Viele Städte des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen lagen in Schutt und Asche. Lebensmittel und Wohnraum waren knapp. Erste Unruhen brachen in der Bevölkerung aus. Ziel der Besatzungsmacht Großbritannien war es, möglichst schnell eine befriedigende Versorgung und eine funktionierende Verwaltung aufzubauen. Das Ergebnis war eine „britische Erfindung“: Nordrhein-Westfalen. Über die Zeit zwischen Kriegsende und der Landesgründung sprach „Landtag intern“ mit dem Historiker Dr. Wolfgang Gärtner. Er ist Leiter des Referates „Informationsdienste“ der Landtagsverwaltung und Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Landesgeschichte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

zustande. 1947 trat auf eigenen Wunsch noch das Land Lippe hinzu.

Haben die Deutschen die Landesgründung von Anfang an begrüßt?

Dr. Gärtner: Das kann man so nicht sagen. Zunächst einmal hatten die Menschen an Rhein und Ruhr im Jahr 1946 ganz andere Sorgen. Es ging ihnen vordringlich ums Überleben, um Wohnraum im ausgebombten Land, um das tägliche Brot, um Brennstoff. Mit Politik oder gar Ländergründungen befassten sich nur wenige, und bei denen war das neue Land durchaus umstritten. Nachdem die Entscheidung in London gefallen war, wurden die Führer der beiden großen Parteien zum Oberbefehlshaber nach Berlin einbestellt: Kurt Schumacher für die SPD und Konrad Adenauer für die CDU. Schumacher war vehement gegen ein Land Nordrhein-Westfalen. Die SPD befürwortete damals einen starken deutschen Zentralstaat. Ein so bevölkerungsstarkes Land mit großer wirtschaftlicher Potenz aber würde einem starken Zentralstaat entgegenstehen. Adenauer hingegen, der ja immer stark föderalistisch ausgerichtet war, sah in der Neugründung eine Chance.

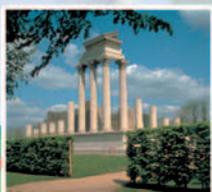
Und wie ging es dann weiter mit dem neuen Land?

Dr. Gärtner: Als nächstes ernannten die Briten einen Ministerpräsidenten: die Wahl fiel auf den parteilosen Oberpräsidenten von Westfalen, Dr. Rudolf Amelunxen. Er wurde mit der Bildung eines Allparteienkabinetts beauftragt. Das gelang ihm aber nicht, weil die CDU eine stärkere Beteiligung forderte, als Amelunxen ihr zugestehen konnte. Die CDU machte daher zunächst nicht mit. Der nächste Schritt war die Ernennung eines Landtags. Die Briten berücksichtigten nur fünf Parteien: SPD, CDU, KPD, Zentrum und FDP. Die Stärkeverhältnisse wurden anhand von Wahlergebnissen von Anfang der 30er Jahre geschätzt. So kam es, dass die CDU im ersten Ernannten Landtag sehr zum Unwillen Adenauers klar hinter der SPD rangierte. Die Kommunalwahlen im Herbst zeigten dann, dass die CDU stärker war als die SPD, so dass die Briten noch Ende 1946 die Zusammensetzung des Landtags korrigierten. Nun machte auch die CDU im Kabinett mit. Der Ernannte Landtag trat am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

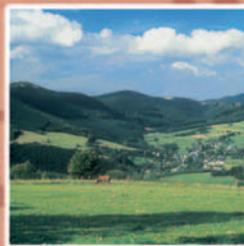
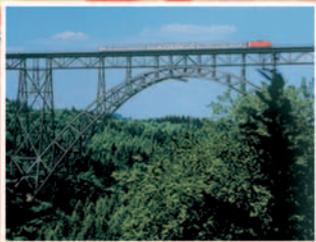
DAMALS (1946/1950)

Bevölkerung insgesamt	11.705.289
männlich	5.295.085
weiblich	6.410.204
Ausländer	111.085
Erwerbstätige	4.275.000
Schüler	1.844.711
Studierende	16.455
Anzahl der Hochschulen	6
Wohnungen	2.803.204
Wohnräume	10.277.810
Stundenlohn in der Industrie (Durchschnitt, umgerechnet in EUR)	0,49 EUR ♂ 0,29 EUR ♀
Zahl der Kfz	184.659
davon Pkw	41.164

Quelle: Landesamt für Statistik NRW



Nordrhein- Ein junges



Westfalen: Land wird 60 Jahre

HEUTE (2004/2005)

Bevölkerung insgesamt	18.075.352
männlich	8.803.255
weiblich	9.272.097
Ausländer	1.944.556
Erwerbstätige	7.401.000
Schüler	2.333.641
Studierende	458.339
Anzahl der Hochschulen	58
Wohnungen	8.371.394
Wohnräume	36.155.735
Stundenlohn in der Industrie (Durchschnitt)	16,04 EUR ♂ 12,23 EUR ♀
Zahl der Kfz	11.426.553
davon Pkw	9.733.822

Quelle: Landesamt für Statistik NRW

Am Rand und doch in der Mitte

Regionen stellen sich im Landtag vor: Ostwestfalen-Lippe macht den Anfang

Das Land Nordrhein-Westfalen besteht nicht nur aus Rheinländern und Westfalen. Da gibt es noch die Lipper. Sie wohnen in der Region, für die sich der Name Ostwestfalen-Lippe (OWL) eingebürgert hat; am äußersten nordöstlichen Rand in der Nachbarschaft zu Niedersachsen. Diesem Landesteil ist der erste parlamentarische Abend im neuen Jahr gewidmet. Damit beginnt der Landtag im Jubiläumsjahr 2006 die Veranstaltungsreihe „Begegnungen im Landtag“, in der sich zehn Regionen des Landes vorstellen und ins öffentliche Bewusstsein (zurück-)rufen.

Zwischen Gütersloh und Höxter, zwischen Warburg und Espelkamp leben gut zwei Millionen Menschen. Deckungsleich mit dem Regierungsbezirk Detmold umfasst OWL eine Fläche von 6.500 Quadratkilometern und damit ein Fünftel von NRW.

Ernsthaft, aber mit hintergründigem Humor versehen, realistisch und nötigenfalls listig, strebsam und das Erworbene zusammenhaltend, der eigenen Geschichte bewusst und dem Neuen aufgeschlossen – das passt nicht nur für die Menschen in OWL, aber für sie besonders. Sie kümmern sich weniger um solche Klischees, sondern packen ihr Tagewerk an. Das ist und war nicht immer leicht. So findet sich in den „Lippischen Punktationen“ von 1947, jenen Richtlinien für die Aufnahme des Landes Lippe in das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen, der Passus: „Nordrhein-Westfalen erkennt in den Resten der lippischen Wanderarbeiter eine unsoziale Erscheinung. Es wird dazu beitragen, dass die Wanderarbeiter sesshaft werden.“

GESUNDHEIT

Armut, soziale Not, Arbeitsplatzmangel und wirtschaftliche Randständigkeit – mit diesen ungünstigen Bedingungen haben die Menschen in diesem Teil des Landes immer zu kämpfen gehabt. Diesen Kampf haben sie nie aufgegeben und letztendlich auch nicht verloren – kein Klischee, sondern ein Wesenszug, der OWL eint. Er hilft sicher auch den Bielefelder Arminen, in der ersten Fußball-Bundesliga zu bleiben.

Überhaupt Sport und Freizeit: In OWL wird nicht nur gearbeitet, sondern auch entspannt. Bekannte Handballmannschaften mischen in der ersten Liga mit. In Halle findet sich die Tenniswelt zu international besetzten Turnieren zusammen. In Oerlinghausen liegt Nordrhein-Westfalens einzige und Europas größte Segelflugschule. Jeder zehnte Einwohner ist Mitglied eines Sportvereins.

Besucher aus nah und fern haben die Qual der Wahl zwischen 170 Museen und Sammlun-

gen. Sechs Millionen Übernachtungen zählten die Statistiker im Jahr 2004. Die Gäste blieben im Durchschnitt vier Tage. Wenig für eine Region, die das MARTa in Herford aufweist, wo in Bielefeld die Kunsthalle lockt, das Preußen-Museum in Minden an die Vergangenheit erinnert (nicht Lippes, denn Lippe war als Fürstentum und späterer Freistaat nie preußisch) und wo in Paderborn im kommenden Juli die Ausstellung „Canossa – Erschütterung der Welt“ als Nachfolgerin der großen Karolingerausstellung des Jahres 1999 ihre Pforten öffnet.

Landschaftlich und kulturell hat man eine Menge zu bieten. Wiehen- und Eggegebirge, der Teutoburger Wald mit Herrmann, dem Cherusker, die Externsteine, die Weser mit ihren Schlössern, Museen und Gärten, die Kurorte und Heil- und Staatsbäder, die Nordwestdeutsche Philharmonie, Lippische Landesbibliothek und Landestheater Detmold, um nur einige zu nennen. Gesundheitsregion (Herzzentrum Bad Oeynhausen), Modellregion für den Bürokratieabbau, Bildungsregion – all das ist OWL. Jüngst schaffte es die als Reformhochschule (Oberstufenkolleg, Laborschule) gegründete Universität Bielefeld, beim Ranking eines Nachrichtenmagazins mit Platz sechs unter die Top-Ten der 86 deutschen Universitäten aufzurücken.

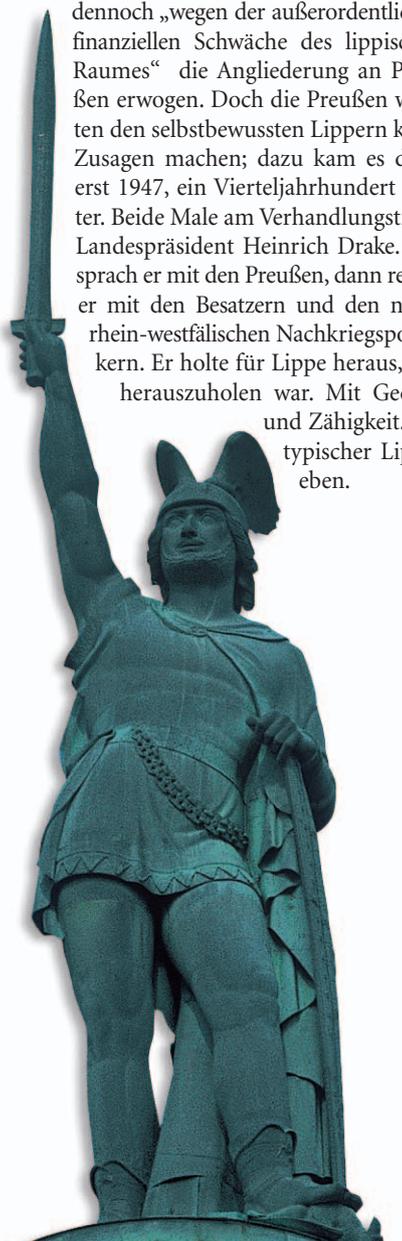
Die Namen bedeutender ostwestfälischer Firmen lesen sich wie das „Who is who“ der großen Marken: Bertelsmann, inzwischen weit mehr als ein Buchclub, der Landmaschinenhersteller Claas, Dr. Oetker, Miele, Melitta, die Maschinenbauer Benteler und Gildemeister, die Modemarke Gerry Weber und das Hightech-Unternehmen Wincor Nixdorf.

Feine Hemden und Blusen tragen immer noch ein Bielefelder Etikett. Die Möbelindustrie in diesem Raum hat einen guten Namen und internationalen Ruf. Vorbei aber die Zeiten, dass in Bünde die meisten Zigarren Deutschlands gedreht und Kameras gebaut wurden. Jetzt werden dort mit Erfolg Gehäuse für Handys montiert. Die traditionelle Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie ist weitgehend Geschichte. Die Brennöfen der

Ziegelei in Lage sind längst abgestellt und Teil des Westfälischen Industriemuseums.

Vom Wandel ist OWL nicht verschont geblieben, weder wirtschaftlich noch politisch. In der Mitte Europas gelegen, war das Gebiet, politisch und wirtschaftlich schwach, Zankapfel der Mächtigen. Napoleon wollte das Fürstentum zerschlagen. Aber die geschickte Politik der Fürstin Pauline ersparte Lippe dieses Schicksal.

Später in der Weimarer Zeit wurde dann dennoch „wegen der außerordentlichen finanziellen Schwäche des lippischen Raumes“ die Angliederung an Preußen erwogen. Doch die Preußen wollten den selbstbewussten Lippern keine Zusagen machen; dazu kam es dann erst 1947, ein Vierteljahrhundert später. Beide Male am Verhandlungstisch: Landespräsident Heinrich Drake. Erst sprach er mit den Preußen, dann redete er mit den Besatzern und den nordrhein-westfälischen Nachkriegspolitikern. Er holte für Lippe heraus, was herauszuholen war. Mit Geduld und Zähigkeit. Ein typischer Lipper eben. JK



Experten setzen weiter auf Schulbezirke

Kompromissvorschlag bei Anhörung im Schulausschuss

„Nein zur Abschaffung der Schuleingangsbezirke“, lautete das nahezu einhellige Urteil der acht Fachleute, die sich in der vergangenen Woche im Rahmen einer Anhörung den Fragen des Schulausschusses (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) stellten. Im Plenarsaal zeigten sich Vertreter von Schulträgern, Gewerkschaften und Verbänden von den Argumenten der Koalition unbeeindruckt und stellten mannigfaltige Befürchtungen in den Vordergrund.

Ab dem Schuljahr 2008/2009 will das Schulministerium Eltern ermöglichen, ihre Kinder auch an einer Grundschule außerhalb ihres Wohnbezirks anzumelden. „Wir haben schon jetzt die Gefahr sozialer Entmischung. Wenn wir die Grundschulbezirke abschaffen, wird das noch verstärkt“, argumentierte Rixa Borns, Grundschulexpertin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Grundschule bedeute „vor allem auch voneinander lernen. Und das geht nur, wenn wir eine heterogene Schülerstruktur haben.“ Für Profilbildung sei die Schulform der Primarstufe nicht geeignet.

Dabei, assistierte Udo Beckmann vom Verband Erziehung und Bildung (VEB), gewinne man durch die Abschaffung nicht einmal echte Wahlfreiheit. Da die erhöhten Fahrtkosten zur Wahlschule von den Familien selbst zu tragen seien, gebe es „maximal mehr Freiheit für die, die es sich leisten können“. „Wir werden Modeschulen bekommen und als Städte dem Druck, diese auszubauen, kaum standhalten können“, ergänzte Bochums Beigeordneter, Dr. Hans-Georg Küppers, der „schwache Schüler, oftmals mit Migrationshintergrund“, als besonders Leidtragende ausmache.

Ganz praktische Probleme sah Klaus Hebborn vom Städtetag NRW: „Die Bezirke sind ein wichtiges Steuerungsinstrument.“ Auch wenn er den Wettbewerbsgedanken grundsätzlich begrüße, müssten zunächst faire Bedingungen geschaffen werden. „Bislang werden alle Schulen gleich ausgestattet. In der Realität arbeiteten sie aber unter unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen. Das werde bei Umsetzung der Pläne von Ministerin Sommer noch verstärkt. Außerdem wies Hebborn auf „erhebliche finanzielle und organisatorische Folgen“ hin. Von 225 Schulträgern erwarteten

195 erhebliche Schwierigkeiten. Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund untermauerte die These mit einer aktuellen Umfrage.

Die gemeinsam favorisierte Lösung der kommunalen Spitzenverbände: Keine generelle Abschaffung der Schulbezirke, sondern eine Umwandlung der verpflichtenden in eine Kann-Vorschrift. „Geben Sie das in die Hände der Kommunen.“

Ein Kompromissvorschlag, den auch Martin Depenbrock von der Landeselternschaft NRW mittragen könnte. Obwohl er – alle Bedenken der anderen Experten teilend – einer Abschaffung der Grundschulbezirke nicht generell ablehnend gegenüber stand. „Es gibt kleine Anteile von Eltern – etwa zwei Prozent –, die echte Probleme mit Schulen haben. Da muss es legal sein, die Schule zu wechseln“, forderte er. Das gelte jedoch auch für die freie Wahl der weiterführenden Schule. Und von der Verpflichtung, die Qualität von Unterricht zu steigern, befreie die Abschaffung der Bezirke nicht.

BERUFSSKOLLEG

Auf ein bisher kaum beachtetes Problemfeld wies der Wirtschaftspädagoge Professor Dr. Martin Twardy hin: die Sondersituation der Berufskollegs. Hier könne die Wahlfreiheit dazu führen, dass Betriebe eine Präferenz „möglichst wenig Abwesenheit“ durchsetzten, es zu einem „negativen Wettbewerb“, zu Qualitätsminderung und sogar „zum Verlust eines flächendeckenden Angebotes“ führen könne. „Da wäre Tiefgang besser als kurzfristige operative Hektik“, rief er den Politikern zu.

„Entdramatisieren sie die Debatte“, konterte Nelson Killius vom Unternehmensberater Mc Kinsey. Er verwies mit Blick auf Skandinavien darauf, dass es Möglichkeiten gebe, die befürchteten Auswirkungen zu beherrschen. Auch wenn die Abschaffung der Schulbezirke keine erhebliche Qualitätsverbesserung bringe, könne sie „ein gutes Instrument unter vielen sein“. Allerdings nur, wenn man den Schulen mehr Eigenverantwortung für Personal, Budget sowie Lernformen einräume. Wenn es eine überprüfbare Qualität von Schule jenseits des guten Rufes gebe und ein System intensiver Unterstützung für schwache Schulen.

„Lassen sie uns nur diese Punkte umsetzen“, argumentierte Sören Link (SPD), wandte sich aber gegen eine Vergleichbarkeit skandinavischer Länder mit NRW. Überhaupt sah sich die Opposition in ihrer ablehnenden Haltung bestätigt. „Es ist deutlich geworden, dass vieles auf Ängsten beruht, die neue Regelung sei nicht planbar“, räumte Marie-Theres Kastner (CDU) ein. Unbegründete Ängste, so die Koalitionsfraktionen. Sie verwiesen auf die Erfahrungen der Stadt Kiel. Die Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins hat den Eltern die freie Wahl erlaubt. Das befürchtete Chaos sei ausgeblieben, die Zufriedenheit von Eltern und Schülern gewachsen, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme des Kieler Schuldezernenten. **vk**

Heiß begehrt waren die schriftlichen Stellungnahmen der Experten zur geplanten Abschaffung der Schulbezirke. Foto: Schälte

Stadtwerke gegen Stromriesen

Ausschuss diskutiert über Vorstoß der kommunalen Energieversorger

NRW braucht mehr Wettbewerb bei der Stromerzeugung. In dieser Frage sind sich alle Fraktionen einig. Denn mehr Wettbewerb, so die Erwartung der Politik, wird die Strompreise mittelfristig stabilisieren. „Strommarkt liberalisieren – Stadtwerke als Stromerzeuger stärken“ lautet der Titel eines Antrags der SPD (Drs. 14/867), mit dem sie die Landesregierung auffordert, die Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Energieversorgungsunternehmen gegenüber den marktbeherrschenden Energiekonzernen RWE, Eon, Vattenfall und EnBW zu stärken. Im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Hans-Joachim Reck, CDU) sorgte dieser Antrag für eine lebhafte Debatte.

Das hohe Strompreisniveau ruft zunehmend die regionalen Versorger auf den Plan. Um sich den hohen Abnahmekosten der großen Energielieferer nicht gänzlich auszuliefern, wollen etliche Stadtwerke in NRW durch den Bau von eigenen Anlagen zur

Stromerzeugung gegensteuern. So plant ein Konsortium von 20 Stadtwerken gemeinsam mit der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (EWMR) ein neues Steinkohlekraftwerk im Ruhrgebiet. Das Kraftwerk soll 2011 ans Netz gehen und wird voraussichtlich eine Milliarde Euro kosten. Zudem beteiligt sich die EWMR gemeinsam mit 27 Stadtwerken an einem weiteren Projekt: ein Gas-Kraftwerk in Hamm-Uentrop, das sich bereits im Bau befindet und 2007 fertig gestellt werden soll. Die Kosten werden mit etwa 450 Millionen Euro beziffert.

In ihrem Antrag begrüßt die SPD-Fraktion die kommunalwirtschaftlichen Aktivitäten der Stadtwerke ausdrücklich und warnt die Landesregierung davor, im Energiebereich allein privatwirtschaftlichen Unternehmen den Vorzug zu geben. Uwe Leuchtenberg (SPD) betonte im Ausschuss, „dass kommunale Beteiligungen an der Energieerzeugung kein Wettbewerbshindernis darstellen“. Im Gegenteil, kommunale Beteiligung bei der Energieerzeugung schaffe Wettbewerb. Der Landtag müsse dafür sorgen, dass die Stadtwerke in NRW durch eine von der Landesregierung angekündigte Änderung der Gemeindeordnung (GO) nicht in Wettbewerbsnachteil geraten. Das gerade aufgekeimte „Pflänzchen Wettbewerb“ dürfe in diesem Bereich nicht wieder zerstört werden.

Im Jahre 1999 hatte die SPD – damals noch in Regierungsverantwortung – das Gemeindefinanzrecht (Paragraph 107, GO) geändert. So wurde die Forderung nach einem „dringenden öffentlichen Zweck“, der erfüllt

sein muss, damit sich ein kommunales Unternehmen am Wettbewerb beteiligen darf, in einen einfachen Zweck umgewandelt.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) stimmte seinem Vorredner prinzipiell zu. Zwischen CDU und SPD herrsche Konsens, wenn es darum geht, der Vormachtstellung der „vier Besatzungsmächte im Bereich der Energiewirtschaft“ entgegenzuwirken. Er bezeichnete es jedoch als „Fehlinterpretation“, wenn die SPD behauptete, durch die von der Landesregierung angekündigte Änderung des Paragraphen 107 GO werde den Stadtwerken die Teilnahme am Strommarkt-Wettbewerb verwehrt. „Selbst wenn wir den 107 auf seinen alten Stand zurückführen, dann steht für mich außer Frage, dass ein dringender öffentlicher Bedarf in dem Moment gegeben ist, wenn der freie Markt nicht mehr in der Lage ist, dieses Oligopol aufzubrechen“, so Droste. In diesem Fall seien die Stadtwerke selbstverständlich aufgerufen, sich in den Wettbewerb einzubringen.

WETTBEWERB

Rückendeckung erhielt er von Dietmar Brockes (FDP): Der bezeichnete die Schlussfolgerungen der SPD hinsichtlich einer Änderung der Gemeindeordnung als „Kaffeesatzleserei“. Auch er betonte, dass NRW mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt brauche. Gleichzeitig forderte er eine „kritische Begleitung“, wenn kommunale Unternehmen als Energieerzeuger auftreten. Langfristig könne das nicht der richtige Weg sein. „Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass hiermit ein enormes finanzielles Risiko für unsere Kommunen verbunden ist.“ Es müsse darauf geachtet werden, dass am Ende nicht der Steuerzahler derjenige ist, der die Zeche zahlen muss.

Reiner Priggen (GRÜNE) stellte in dieser Frage Differenzen zwischen den Koalitionspartnern CDU und FDP fest: Während die CDU das Engagement der Stadtwerke grundsätzlich begrüße, lehne die FDP wirtschaftliche Aktivitäten der kommunalen Energieversorger ab. Die FDP halte immer noch an der Vorstellung fest, dass sich der Markt allein durch privatwirtschaftliches Engagement reguliere. Dabei seien die Stadtwerke im Moment als einzige in der Lage, „in diesen Markt ein wenig Bewegung hinein zu bringen und das Oligopol der vier Stromriesen aufzubrechen“, so Priggen. Demnach sei es Aufgabe der Politik, den Stadtwerken eine klare und sichere Perspektive für ihr Handeln zu geben.

ax



Strom kommt aus der Steckdose – das ist klar. Strom muss aber auch hergestellt, verteilt und bezahlt werden. Das kostet die Produzenten Investitionsmittel, die Verbraucher immer mehr Geld aus der Haushaltskasse.

Foto: Schälte

Dunkle Wolken über Weeze

Gerichtliches Aus für Flughafen beschäftigt Landtag

Dunkle Wolken über Weeze: Anfang Januar hat das Oberverwaltungsgericht Münster die Genehmigung für die zivile Nutzung des ehemaligen Militärflughafens am Niederrhein aufgehoben. Der Bezirksregierung Düsseldorf als zuständiger Genehmigungsbehörde des Landes wurden „erhebliche Mängel“ im bereits 2001 abgeschlossenen Genehmigungsverfahren attestiert. Dort starten vor allem Billigflieger zu Zielen in Irland, Großbritannien, Skandinavien und im Mittelmeerraum. 2004 lag der Airport mit knapp 800.000 Passagieren auf Platz 18 in Deutschland. Es wurden 12.800 Starts und Landungen gezählt. Besonders brisant: Das Gericht hat sogar eine Revision ausgeschlossen.

Was ist da passiert? Und wie kann es im Laarbruch weitergehen? Das wollten im Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) nicht nur die Abgeordneten der CDU-Fraktion vom zuständigen Minister Oliver Wittke (CDU) erfahren. „Die Nachricht hat uns sehr beunruhigt. Wir sehen Flughäfen immer noch als Job-Maschine für die Region“, stellte sich Hannelore Brüning (CDU) an die Seite der Airportbetreiber. Bodo Wißen (SPD) verwies auf den Luftverkehrsplan 2010 und forderte vom Verkehrsminister „eine politische Bewertung“ des Vorgangs ein. Schließlich sei das Konversionsprojekt auch mit Hilfe von Landes- und Mitteln des Kreises finanziert worden.

„Ich gehe schon davon aus, dass die Bezirksregierung und alle anderen NRW-Behörden nach Recht und Gesetz genehmigen. Wenn sich herausstellt, dass dem nicht so ist, wäre das ein schwerer Schlag“, stellte sich der Minister hinter seine Genehmigungsbehörde, hielt sich aber

ansonsten mit Einschätzungen zurück. Zunächst brauche man eine eingehende Analyse des Urteils, das aber derzeit noch niemandem im Detail vorliege. Wie es weitergeht? Das liege zunächst daran, ob das Urteil und damit der Ausschluss der Revision Bestand habe. In jedem Fall werde die Bezirksregierung Einspruch einlegen. Kommt es zur Revision, stünde ein Verfahren von bis zu zwei Jahren Dauer bevor. Wenn nicht, sei das Urteil in etwa acht Monaten rechtskräftig. Sein Rat: Jetzt ein neues Genehmigungsverfahren „nach Recht und Gesetz“ auf den Weg bringen. Und da das nicht innerhalb von acht Monaten abgeschlossen sein werde, brauche man parallel eine kurzfristige Übergangsgenehmigung.

„Ein wichtiges Signal, dass in Weeze nicht innerhalb von sechs Wochen die Lichter ausgehen – nicht nur für die 250 Mitarbeiter“, kommentierte das Dietmar Brockes für die FDP, die es ansonsten „bedauerlich“ fand, dass aufgrund

von Verfahrensfehlern nun der Flughafen in Gänze in seinem Bestand bedroht sei. Generell hatte das Gericht nämlich „keine unüberwindbaren Gründe gegen eine Umwidmung“ gesehen. „Bekanntnisse bringen uns nicht weiter“, kommentierte Sprecher Oliver Keymis (GRÜNE). Er verwies auf das wenige Wochen alte Urteil zum Flughafen Dortmund, wo das Gericht ebenfalls anders als die Luftaufsicht entschieden hatte. „Wir brauchen ein neues Konzept, wie wir im Land wie viel Verkehr organisieren wollen.“ Dazu werde seine Fraktion demnächst ein Papier vorlegen. **vok**



Ein TÜV für öffentliche Gebäude?

Bauausschuss debattiert Folgen aus Unglück in Bad Reichenhall

Sicherheit hat höchste Priorität – und geht immer vor Geld. Darin waren sich alle Abgeordneten im Ausschuss für Bauen und Verkehr einig. Gut eine Woche nach dem tragischen Unglück in der Eissporthalle von Bad Reichenhall diskutierten die Fachpolitiker über die Konsequenzen der Tragödie für NRW: „Brauchen wir einen Bau-TÜV?“ lautete die von der SPD-Fraktion in einer Aktuellen Viertelstunde aufgeworfene Frage.



Es habe auch in NRW in den letzten Jahren gleich mehrere Unfälle, insbesondere Dacheinstürze bei öffentlich zugänglichen Gebäuden gegeben, sagte Monika Ruff-Händelkes (SPD) und forderte zwar keinen Bau-TÜV, aber zumindest eine öffentliche Diskussion. „Wenn Kommunen ein Gebäude-management haben, können sie bereits heute

regelmäßige Überprüfungen durchführen“, eröffnete sie die Debatte. „Dies Thema ist ganz sicher kein Grund zum Streit“, stimmte FDP-Sprecher Christof Rasche zu. Er plädierte, genau wie Heinz Sahnen (CDU) für eine sorgfältige Prüfung. „Und dann müssen wir – je nach Ergebnis – gegebenenfalls handeln“, so Sahnen.

„Wir haben bereits ganz viele Bereiche, die regelmäßig überprüft werden.“ Dabei verwies Minister Wittke (CDU) auf Maßnahmen wie Brandschau und die Überprüfung von Aufzugsanlagen. Welche das im Einzelnen seien, stelle sein Haus gerade im Detail zusammen und dann den Abgeordneten umgehend zur Verfügung. Allerdings warnte der Minister davor, hundertprozentige Sicherheit zu erwarten. „Auch ein Bau-TÜV hätte das Unglück vermutlich nicht verhindert.“ Das Dach in Bad Reichenhall sei noch vor zwei Jahren überprüft worden.

„Kontrolle ist nicht das einzige Problem“, ergänzte Horst Becker (GRÜNE). Viele der öffentlichen Gebäude stammten aus den 70er Jahren und entsprächen nicht mehr heutigen Standards. Und eine Sanierung könnten sich viele Kommunen angesichts ihrer Finanzprobleme kaum leisten. **vok**

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 30. Januar 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Durch steigende Öl- und Gaspreise befinden sich Holzpellet-Heizungen auf dem Vormarsch. Auch in NRW boomt das Heizen mit Presslingen aus getrocknetem Restholz. Die Landesregierung fördert den Einbau von Pellet-Heizungen über die Holzabsatzförderrichtlinie (HaFö). Trotz der angespannten Haushaltslage will die Landesregierung auch in diesem Jahr an der Förderung festhalten. Dies erklärte jetzt Umweltstaatssekretär Dr. Alexander Schink im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Hans-Joachim Reck, CDU). Die Fördersumme sei von 5,5 Millionen Euro in 2005 nur geringfügig auf 5,3 Millionen Euro in diesem Jahr abgesenkt worden. Seit 1999 wurden mehr als 5.000 Holz-Heizanlagen mit Mitteln der HaFö in NRW gefördert, so Schink. Dabei handelte es sich bei über 4.000 Anlagen um Holzpellet-Heizungen für den Einsatz in Ein- und Mehrfamilienhäusern. Wegen der enormen Nachfrage im vergangenen Jahr konnte jedoch nicht allen Förderanträgen entsprochen werden. Diese sollen jetzt zu Beginn dieses Jahres möglichst zügig abgearbeitet werden.

+++

Erneut musste Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) vertrösten: Seit geraumer Zeit warten die Abgeordneten

auf die Machbarkeitsstudie für den Rhein-Ruhr-Express. Die hätte eigentlich schon Ende 2005 vorliegen sollen. „Abstimmungen zwischen Gutachter und der Bahn“ hätten aber für



Verzögerungen gesorgt. Auch jetzt scheint noch nicht klar, wann das Papier dem Landtag zugeht. Zunächst steht Ende Januar in Berlin das Abschlussgespräch über das so genannte „RRX-Papier“ im Wirtschaftsausschuss an.

+++

Für die deutschen Bewerber um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ hat die heiße Phase begonnen. Im Frühjahr 2006 wird sich entscheiden, ob Essen, stellvertretend für das Ruhrgebiet, oder Görlitz die Jury überzeugen kann. Der Essener Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Reiniger (CDU) und der Kultur-

dezernent Dr. Oliver Scheytt präsentierten in einer auswärtigen Sitzung des **Kulturausschusses** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen die aktuellen Entwicklungen der Kulturhauptstadtbewerbung des Ruhrgebiets. Die Mitglieder des Ausschusses zeigten sich sichtlich beeindruckt und sicherten ihre volle Unterstützung zu.

+++

Ein Gutachten, das offiziell keiner kennt, sorgte jetzt im **Landwirtschaftsausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) für Aufsehen. In dem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Papier geht es um die Aufgaben, die die Landwirtschaftskammer NRW für das Land erbringt und wie diese finanziell zu bewerten sind. Ein Papier, so die Oppositionsfraktionen, das anscheinend überall im Land kursiere. Nur dem Souverän, dem Landtag, sei es noch nicht zugänglich – trotz anders lautender Zusage des Ministers. Das soll sich nun ändern. Ende Januar, so das Versprechen des zuständigen Staatssekretärs, werde das Gutachten auch dem Landtag vorgelegt. Grund für die Verzögerung: Finanzminister Dr. Helmut Linsen (CDU) hatte auf Einhaltung eines Kabinettsbeschlusses von 1995 bestanden, nachdem sich zunächst die Exekutive mit solchen Papieren befassen müsse. Dies soll in den nächsten Tagen geschehen. Dann können sich auch die Abgeordneten ein Bild machen, warum die Landesregierung den Etatansatz für die Landwirtschaftskammer aufstockt. Man korrigiere den Versuch vergangener Tage, die Kammer finanziell auszutrocknen, so die CDU-Fraktion im Ausschuss.

Jeder Ausschuss kann im Rahmen seines Geschäftsbereichs beschließen, Sachverständige, insbesondere Vertreterinnen bzw. Vertreter betroffener Interessen zu seinen Beratungen hinzuzuziehen und in öffentlicher Sitzung anzuhören. Von diesem Recht macht zu Beginn des Jahres gleich eine ganze Reihe von Ausschüssen Gebrauch. So wird der **Ausschuss für Bauen und Verkehr** am 24. Januar, 14 Uhr, im Plenarsaal über das Thema Mieterschutz debattieren. Zwei Tage später, am 26. Januar, hat der **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz

Anke Brunn, SPD) zusammen mit dem **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) Sachverständige in den Landtag eingeladen, um mit ihnen über die Reform des Sparkassenrechts zu beraten. Die Anhörung beginnt um 11 Uhr im Plenarsaal. Am selben Tag hat der **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** (Vorsitz Dr. Michael Vesper, GRÜNE) eine ganztägige Anhörung zum Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen anberaunt. Getagt wird ab 11 Uhr

im CDU-Fraktionssaal (E 3 A 02). Der von der Landesregierung angekündigte Ausbau des Betreuungsangebots für unter Dreijährige ist Thema einer öffentlichen Anhörung im **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) am 30. Januar ab 10 Uhr im SPD-Fraktionssaal (E 3 D 01). Einen Tag später ist eine weitere Anhörung im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** geplant. Thema wird die Änderung der Wohnraumförderungsbestimmungen sein. Sie beginnt um 14 Uhr im Plenarsaal.

Blickten voraus auf spannende Spiele: Hans Jürgen Wagner, Hauptgeschäftsführer der Fußball-WM 2006 der Menschen mit Behinderungen und (im Hintergrund) Jupp Dahlmanns, Geschäftsführer des Behindertensportverbands NRW.

Foto: Schälte

Tickets zum Freundschaftspreis

Fußballer mit Behinderung tragen den WM-Titel vor allem in NRW aus

Obwohl sie zu den internationalen Spitzensportveranstaltungen des Jahres 2006 gehört, ist sie weitgehend unbekannt: Die vierte INAS-FID Fußball-WM der Menschen mit Behinderung. INAS-FID (International Sports Federation for Persons with Intellectual Disability) nennt sich der zuständige Weltverband für Sport von Menschen mit mentaler Behinderung. Nationaler Ausrichter ist die „Fußball-WM 2006 der Menschen mit Behinderung gemeinnützige GmbH“ mit Sitz in Hürth und Duisburg.



Das Bundesministerium des Inneren, die Aktion Mensch und die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW fördern das Sportereignis. Außerdem wird die Veranstaltung vom Deutschen Fußballbund (DFB) unterstützt. Der Sportausschuss des Landtags (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) ließ sich über die Vorbereitungen informieren.

Schirmherr ist Altbundeskanzler Gerhard Schröder. Auch an prominenten Botschaftern mangelt es nicht: der Innenminister des Landes NRW, Dr. Ingo Wolf (FDP), der Geschäftsführende Präsident des DFB, Dr. Theo Zwanziger, der Nationalspieler Lukas Podolski, und der bekannte Sportkommentator Manni Breuckmann wollen den Bekanntheitsgrad der Fußball WM steigern. Im Vorfeld rollt der WM-Truck von April bis September 2006 durch Deutschland.

Die INAS-FID organisiert seit 1994 eine Fußball-WM im Vier-Jahres-Rhythmus. Erstmals fand das Sportereignis in den Niederlanden statt; danach waren England und Japan die gastgebenden Nationen. Die Bilanz der deutschen Mannschaft kann sich sehen lassen: siebter Platz bei der WM in den Niederlanden, Rang drei in England und Platz vier bei der WM in Japan. Unter den 16 Nationalmannschaften gilt der amtierende Weltmeister England als großer Favorit. Aber auch die Teams aus den Niederlanden und Brasilien zeichnen sich durch ihr hohes Spielniveau aus.

Der deutsche Nationaltrainer, Willi Breuer, hat Erfahrung im Behindertensport. Der Diplomsportlehrer trainiert die deutsche Elf seit 1992 und weiß, auf was es im Training ankommt: „Auch wenn ich von den Grundübungen her kein anderes Training mache als bei einem gewöhnlichen Verein, muss ich die Einheiten vor allem im taktischen Bereich immer genau dosieren. Denn irgendwann können die Spieler nichts mehr aufnehmen“, so Willi Breuer in einer Veröffentlichung. Durch das Mannschaftstraining wird neben der sportlichen Disziplin vor allem das Sozialverhalten gefördert. Für die Spieler ist es ein ganz besonderes Gefühl bei der WM dabei sein zu dürfen. Der 31-jährige Andreas Timm hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. „Mein größter Traum ist der Gewinn der Weltmeisterschaft.“

SOLIDARITÄT

Hans Jürgen Wagner, einer der beiden Geschäftsführer der Fußball-WM 2006 der Menschen mit Behinderung, weist auf die gesellschaftliche Kampagne des Sportereignisses hin. Die WM stehe unter dem Motto: „Anders ist auch normal.“ Menschen mit und ohne Behinderung sollen zusammen Sport erleben können. Das Ziel der Kampagne ist es, Sympathie für Menschen mit mentaler Behinderung zu wecken. Deswegen wollen die

Veranstalter so viele Menschen wie nur möglich und ganz besonders die erreichen, die geistig Behinderten bisher ablehnend gegenüberstehen. „Wir brauchen weltweit eine breite Solidarität“, so Hans Jürgen Wagner. Unter der Kampagne mit dem Motto „1000 Helfer“ werben die Veranstalter um Menschen, die ehrenamtlich während der Fußball WM 2006 mitarbeiten wollen. Ein besonderer Erfolg wäre es, wenn sich freiwillige Helfer nach der WM langfristig in der Behindertenarbeit engagieren würden.

NRW wird das Bundesland sein, in dem die meisten Entscheidungen fallen. 30 der 41 WM Spielstätten befinden sich in Nordrhein-Westfalen. Die anderen elf Spiele finden in Bayern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt statt. Los geht es mit der offiziellen Eröffnungsfeier in der Kölnarena am 27. August 2006; zwei Tage später ist Duisburg der Austragungsort für das Eröffnungsspiel. In Leverkusen wird die Fußball-WM der Menschen mit Behinderung mit dem Finalspiel am 16. September beendet. Tickets für alle 48 Spiele können vorab auf der offiziellen Internetseite der INAS-FID reserviert werden (www.inas-fid-wm2006.de). Der Eintritt für die WM-Spiele ist bis auf das Endspiel in der Leverkusener BayArena kostenlos. Das Ticket für das Endspiel wird fünf Euro kosten. Für die Eröffnungsfeier in der Kölnarena muss man je nach Preiskategorie zehn oder 15 Euro für eine Eintrittskarte bezahlen. **BK**

CDU

Familienzentren: Eckpfeiler für ein kinder- und jugendfreundliches NRW

Nordrhein-Westfalen soll das kinder- und jugendfreundlichste Bundesland werden.“ Als einen zukunftsweisenden Schritt auf diesem Weg beurteilte Marie-Theres Kastner, jugend- und familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren. Kernaufgabe der neuen Familienzentren sei die Zusammenführung von Bildung, Erziehung und Betreuung. Kastner: „Damit erhalten die Familien ein Unterstützungsangebot, das ihren Bedürfnissen und Notwendigkeiten entspricht.“



Die Vermittlung von Tagesv Vätern und Tagesmüttern, die Förderung der Sprache bei Kindern und die Hilfsangebote für Eltern sei das, was Familien heute brauchen. Darüber hinaus werde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Schritt voran gebracht. Kastner: „Kinder- und familienpolitische Ziele genießen bei uns Priorität, wie die Ausrufung des Jahres 2006 zum Jahr des Kindes deutlich macht.“

SPD

Verfassungsklage gegen Nachtragshaushalt 2005

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat schon in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, den Verfassungsbruch zur Regel ihrer Haushaltspolitik zu machen. Ohne jegliche Rechtfertigung werde bis 2010 kein verfassungskonformer Haushalt vorgelegt, haben Ministerpräsident Rüttgers und sein Finanzminister Linsen mehrfach verkündet. Eine solche Regierungspolitik abseits der Landesverfassung ist in der Geschichte Nordrhein-Westfalens einmalig. Die SPD-Landtagsfraktion ist deshalb gezwungen, gegen diese Politik des Verfassungsbruchs mit Ansage juristisch einzuschreiten und wird im Wege eines Normenkontrollverfahrens Verfassungsklage gegen den zweiten Nachtragshaushalt 2005 beim Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen in Münster einreichen. Der renommierte Verfassungsrechtsexperte Professor Dr. Wolfram Höfling von der Universität Köln hat zu diesem einzigartigen Vorgehen der schwarz-gelben Landesregierung ein Gutachten erstellt. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass „in massiver Form Normativität und Ordnungsfunktion des Haushaltsverfassungsrechts beeinträchtigt werden“ und empfiehlt, die Verfassungswidrigkeit des zweiten Nachtragshaushaltes 2005 feststellen zu lassen. Die SPD-Landtagsfraktion wird dieses Verfahren unverzüglich einleiten und hat Professor Dr. Höfling mit der Vertretung beauftragt.

GRÜNE

Anhörung stellt klar: Grundschulbezirke müssen bleiben!

Aufgrund der geplanten Aufhebung der Grundschulbezirke durch die schwarz-gelbe Landesregierung fand in der vergangenen Woche eine Experten-Anhörung statt. Dabei hatten verschiedene gesellschaftliche Gruppen die Möglichkeit, ihre Sicht dieser Änderungen darzustellen. Die Teilnehmer waren unter anderem Vertreterinnen und Vertreter von Eltern- und Lehrerverbänden, der kommunalen Spitzenverbände und des Unternehmensberaters McKinsey.

Unabhängig davon, welcher Partei die Verbände sonst nahe stehen mögen, hier waren sie sich im Kern einig: Diese Pläne lösen keines der drängenden Probleme, schaffen aber viele neue. So geriet die Anhörung zum fachpolitischen Desaster für die Landesregierung. Die Aufhebung der Grundschulbezirke würde dazu führen, dass soziale Gräben vertieft und benachteiligte Kinder noch stärker benachteiligt würden.

Mehr noch: Statt Bürokratieabbau in den Schulen – wie versprochen – droht ein Bürokratieexzess; statt Wahlfreiheit für die Eltern vorprogrammierte Enttäuschungen. Den Kommunen wird ein zentrales Steuerungselement aus den Händen genommen, um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Schichten zu befördern; ein Steuerungselement, das angesichts des demographischen Wandels an Bedeutung gewinnt.

Sehr klar wurde außerdem: Die Aufhebung der Schulbezirke war vor den Ankündigungen der Landesregierung kein Thema. Nicht in den Schulen, nicht in den Kommunen und auch nicht bei den Eltern. Das Fazit der Anhörung kann daher nur heißen, dass Ministerpräsident Rüttgers, der die Bildungspolitik ja zur Chefsache erklärt hat, diese Pläne sofort zurücknehmen muss.

FDP

Engel: Keine Panzer vor WM-Stadien

Klare Absage an eine abstruse Idee: Horst Engel, Innenexperte der FDP-Landtagsfraktion, hat Überlegungen der Großen Koalition in Berlin, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, mit aller Deutlichkeit zurückgewiesen. „Gerade auch mit Blick auf die Fußball-Weltmeisterschaft muss eine klare Trennung zwischen Bundeswehr und Polizei bei Einsätzen im Innern erfolgen.“ Als grotesk bezeichnet Engel daher die Forderung von Bundesinnenminister Schäuble, die Bundeswehr zur Sicherung der Weltmeisterschaft abzurufen. Nach bestehenden Regelungen dürfe die Bundeswehr bereits jetzt im Katastrophenfall auch im Innern eingesetzt werden. Diese Regelung sei ausdrücklich zu befürworten. Als Ersatzpolizei dürfe die Bundeswehr jedoch in keinem Fall installiert werden. „Aus guten Gründen verbietet unsere Verfassung in Artikel 35 Grundgesetz einen solchen Einsatz und dabei muss es bleiben“, bezieht Engel klare Position.

Leider scheine der Bundesinnenminister jedoch über sein Ziel hinauszuschießen und versuche, die gesamte Republik während der Fußball-WM in den Ausnahmezustand zu versetzen. Damit Sorge er jedoch nur unnötig für Angst und Hysterie. „Deutschland und insbesondere NRW sollten die WM mit ihrem Motto ‚Die Welt zu Gast bei Freunden‘ als Chance nutzen, um sich weltoffen und gastfreundlich zu präsentieren.“ Panzer vor WM-Stadien wären ein verheerendes Bild. „Das wird es mit der FDP nicht geben.“



Porträt der Woche: Peter Biesenbach (CDU)

Nur wer weiß, woher er kommt, kann auch wissen, wohin er will. Peter Biesenbach, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU im Landtag weiß, woher er kommt. Und daran orientiert sich auch sein Aufstieg in die Spitze der Unionsfraktion. Peter Biesenbach ist „überzeugter Kommunalpolitiker“, wie er von sich selbst sagt. Dass er sich überhaupt vor 15 Jahren im Oberbergischen Kreis auf den Weg in die Landespolitik machte, ist der Niederlage der Union dort fünf Jahre zuvor geschuldet. 1985 verlor die CDU den Wahlkreis an die SPD. 1990 trat Biesenbach zum ersten Mal an. Und verlor. 7.000 Stimmen fehlten ihm zum Sieg über den damaligen SPD-Platzhirschen. Wenig. Aber zu viel für Biesenbach. Und auch, wenn es ihm fünf Jahre später gelang, den Abstand bis auf wenige Stimmen zu verkürzen, so blieb ihm der Weg nach Düsseldorf doch weiter versperrt. Erst im Mai 2000 gelang ihm schließlich, was seine Partei – zumal im Oberbergischen – von ihm erwartete: Er holte den Wahlkreis direkt. Und zwar mit einem deutlichen Vorsprung gegenüber seinem SPD-Konkurrenten.

Der Weg in den Landtag beschreibt, was Peter Biesenbach als Charaktereigenschaften für sich ausgemacht hat: Beharrlichkeit, Ausdauer, Durchsetzungsvermögen. Eigenschaften, die gewissermaßen zwingende Voraussetzung für einen „Manager der Macht“ sind, wie man die meist im Stillen wirkenden Geschäftsführer von Parlamentsfraktionen wohl nennen muss. Dabei legt Biesenbach selbst eher Wert darauf, „ein offenes Ohr für jeden zu haben, um als Vermittler tätig zu sein“. Was die Kunst des Vermittelns ausmacht – das hat Biesenbach sich bei jenen

abgeschaut, denen das stetige Verhandeln gewissermaßen angeboren zu sein scheint. Soweit, dass es manchmal bis zum Schachern mutiert: den Indern.

In Indien machte der Jurist, der auf dem zweiten Bildungsweg sein Abitur auf dem Abendgymnasium in Düsseldorf baute und nach einer Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst des Landes als Diplom-Verwaltungswirt das Studium samt Staatsexamen an der Uni Köln absolvierte, seine praktischen Erfahrungen mit der Kunst des Verhandeln während seines Referendariats. Von dort brachte er den Grundsatz mit, der ihn bis heute in seiner politischen Arbeit leitet: „Ein guter Richter gibt keinem Unterlegenen das Gefühl, er habe mit dem Prozess auch sein Gesicht verloren.“ Von Südostasien ist Biesenbach bis heute begeistert geblieben. Nach wie vor verbringt er dort seinen Urlaub, wenn es die Zeit zulässt. Nicht, ohne dabei sein Hobby zu pflegen: Biesenbach fotografiert leidenschaftlich gern. Und er hat es mit seiner Praktica Spiegelreflex-Kamera in zehn Jahren zu einiger Übung und Perfektion gebracht.

Als politische Erfolge rechnet sich der CDU-Fraktionsgeschäftsführer, der im Februar 58 Jahre alt wird und den seine Wahl in die Fraktionsspitze wohl selbst ein wenig überraschte, die Wiederbelebung der Justizpolitik in Nordrhein-Westfalen zu. Insbesondere den Justizvollzug, den er in Nordrhein-Westfalen über Jahre hinweg vernachlässigt sieht, will er zum Vorbild in Deutschland machen. Soweit das Ziel des Juristen und Fachpolitikers, der mit einem gewissen Stolz für sich reklamiert, „dass in NRW endlich wieder Rechtspolitik stattfindet“.

Als Politik-Manager sieht Biesenbach sich vor allem in der Pflicht, „dazu beizutragen, dass die Fraktion erkennt, was umzusetzen ist, aber auch das, was nicht geht“. Keine leichte Führungsaufgabe angesichts der Herausforderungen, die ein auf Kante genähter Haushalt des Landes mit auf Sicht knappsten Finanzmitteln stellt. Biesenbach bleibt deshalb fast bescheiden, wenn er das Ziel seiner politischen Arbeit im Land beschreibt: „Ich will dazu beitragen, dass die Abgeordneten zufrieden mit der geleisteten Arbeit sein können.“ Vor diesem Hintergrund wirken politische Auseinandersetzungen, die es auch innerhalb der Koalition mit der FDP gelegentlich gibt, auf ihn nicht als Streit, sondern als „Suche nach Gemeinsamkeiten“.

Und wenn es gleichwohl gelegentlich Anlass zu Unzufriedenheit oder ernsteren Streit geben sollte, dann setzt der Landespolitiker Biesenbach mit der Vorliebe für die bodenständige Kommunalpolitik auf die Kraft der Region, aus der er stammt: Es sind Freunde in Hückeswagen geblieben, die mit dem engen Zeitraster des Landespolitikers umgehen können, bilanziert Biesenbach zufrieden. Wenige, aber enge Freunde: „Solange dort Licht brennt, kann ich anklingeln. Auch, wenn es abends schon nach zehn sein sollte.“

Autor:
Thomas Seim



Einladung zum Landesjubiläum

Zum 75. Geburtstag hat die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen dem langjährigen Ministerpräsidenten des Landes und ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau gratuliert: „Mit großer Freude übersende ich Ihnen die Grüße und Glückwünsche des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Vollendung Ihres 75. Lebensjahres, denen ich meine persönlichen gerne hinzufüge.“

So beginnt das Schreiben von Landtagspräsidentin Regina van Dinter an den Jubilar. Sie fährt fort: „An Ihrem Ehrentag richtet sich der Blick natürlich zurück auf eine außerordentlich erfolgreiche politische Karriere, die nicht weniger als eine vierzigjährige Abgeordnetentätigkeit im Landtag und eine zwanzigjährige Amtszeit als Ministerpräsident beinhaltet. Damit gehören Sie zu den Persönlichkeiten, die unser Land NRW in seiner sechzigjährigen Landesgeschichte in besonderer Weise geprägt haben. Sicherlich fand Ihr politisches Wirken seinen Höhepunkt im Amt des Bundespräsidenten.“

Dass Sie auf dieser langen politischen Wegstrecke nie den Kontakt zu den Menschen verloren haben, sondern ihnen vielmehr immer nahe geblieben sind, das möchte ich am heutigen Tag in besonderer Weise würdigen.“

Die Präsidentin schließt mit den Worten: „Noch immer bedauere ich es, dass Ihre Gesundheit die geplante Begegnung anlässlich des 25-jährigen Jubiläums unserer „Ehemaligen“ kürzlich nicht zuließ. Ich würde mich sehr freuen, wenn dies nach baldiger Genesung nachgeholt werden könnte. Die Feierlichkeiten zum 60. Landesgeburtstag wären dazu sicherlich eine wunderbare Gelegenheit.“

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 19. Januar bis 31. Januar 2006

19. 1. Elisabeth Veldhues (SPD)	57
23. 1. Renate Hendricks (SPD)	54
24. 1. Wolfgang Jörg (SPD)	43
24. 1. Barbara Steffens (GRÜNE)	44
28. 1. Karl Schultheis (SPD)	53
28. 1. Jürgen Unruhe (SPD)	36
31. 1. Ulrike Apel-Haefs (SPD)	54
31. 1. Angela Tillmann (SPD)	49

Erika Steinke, CDU-Landtagsabgeordnete von 1954 bis 1966, ist wenige Monate nach Vollendung ihres 100. Lebensjahres gestorben. Noch Ende August vergangenen Jahres hatte sie bei guter Gesundheit ihren Geburtstag gefeiert und dazu auch die guten Wünsche und den Dank für ihr politisches Wirken von Landtagspräsidentin **Regina van Dintther** entgegengenommen. Die Landtagspräsidentin hatte damals die ehemalige Abgeordnete in Herford besucht und der gebürtigen Mindenerin als Geschenk eine Sammlung aller Reden mitgebracht, die Steinke während ihrer Tätigkeit im Landtag gehalten hat.

Margret Werner, von 1949 bis 1986 in der Landtagsverwaltung im Bereich Abgeordnetenangelegenheiten, Entschädigung und Versorgung tätig, ist im Alter von 84 Jahren verstorben. Abgeordnete aller Fraktionen haben sie in neun Wahlperioden wegen ihrer hilfsbereiten, umsichtigen und fürsorglichen Betreuung kennen und schätzen gelernt. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst hat Margret Werner den Kontakt zu den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aufrecht erhalten und regelmäßig und gern an den Pensionärstreifen teilgenommen, wie im Nachruf festgestellt wird.

Aktiv und innovativ

„Ein starkes Stück NRW“ – unter diesem Motto hat sich das nordrhein-westfälische Handwerk im Landtag vorgestellt. In der Wandelhalle zeigte die LGH (Landes-Gewerbeförderungsanstalt des Handwerks) – von der Aus- und Weiterbildung über Außenwirtschaftsaktivitäten bis zum Technologietransfer – Beispiele ihrer Förderungsarbeit. Die Ausstellung sei ein Beweis, wie aktiv am Markt und wie innovativ das Handwerk ist.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 19. Januar 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Kinder schaffen was“

... unter diesem Motto stand diesmal die Sammelaktion der Sternsinger in Deutschland. Pünktlich zum Dreikönigsfest am 6. Januar überbrachten Sternsinger der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk dem nordrhein-westfälischen Landesparlament den Sternsinger-Segen. Landtagspräsidentin Regina van Dintther empfing die Jungen und Mädchen, die im Gewand der drei Weisen aus dem Morgenland unterwegs waren, und überreichte ihnen eine Spende. Zum Dank schrieben die jungen Leute mit Kreide den traditionellen Segensgruß „20°C+M+B+06“ (Christus mansionem benedicat) über die Pforte des Empfangsraums der Präsidentin. Alle im Landtag und anderswo gesammelten Spenden sind für Kinder in Not bestimmt. Im vergangenen Jahr kamen bundesweit 47,6 Millionen Euro zusammen. Durch die Sternsingeraktion werden jährlich rund 3.000 Kinder-Hilfsprojekte in der ganzen Welt gefördert.

Foto: Schälte